

Niederschrift

über die Sondersitzung des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung zum Thema barrierefreies Planen und Bauen am 19. Juli 2010

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

I. Tagesordnung der öffentlichen Sitzung

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Barrierefreie Planung, Gestaltung und Bauausführung von Gebäuden, Straßen und Plätzen sowie für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Düsseldorf: Bericht des Dezernates Planen und Bauen
3. Terminplanung / Verschiedenes

II. Bürgersprechstunde

Anwesend:

Mitglieder des Behindertenbeirates

Ratsherr Janetzki	Vorsitzender
Herr Wessels	stv. Vorsitzender

Vertreter/innen der Menschen mit Behinderung

Herr Graf	Gruppe der Hörbehinderten
Frau Hampe	Gruppe der geistig Behinderten
Frau Kreuzkamp	Gruppe der Mehrfachbehinderten
Herr Kozyk	Gruppe der Sehbehinderten

Vertreter/innen der Ratsfraktionen

Ratsfrau Mohrs	SPD
Ratsfrau Frey	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Dr. Piltz	FDP
Frau Hermanns	Linksfraktion Düsseldorf
Herr Reichert	Freie Wähler

Weitere Mitglieder

Frau Kroker-Christmann	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter u. chronisch kranker Menschen (ARGE) e.V.
Herr Osterland	Seniorenbeirat

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Dölling	Amt für soziale Sicherung und Integration
--------------	---

weitere Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Rigter	Behindertenkoordination
Frau Hartmann	Behindertenkoordination, Schriftführung
Herr Deiting-Meißelbach	Gleichstellungsbüro

Weitere Teilnehmer/innen - stellvertretende Mitglieder:

Herr Egbers	stv. Mitglied CDU
Herr Fladerer	stv. Sprecher Runder Tisch Verkehr
Herr Götte	stv. Mitglied Freie Wähler
Frau Kubanek	Gruppe der Körperbehinderten u. chronisch Erkrankten
Ratsfrau Ott	stv. Mitglied Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Pohlmann	Gruppe der Sehbehinderten
Herr Schlachetzki	stv. Sprecher Runder Tisch Bauen
Herr Zielonka	Sprecher Runder Tisch Verkehr

Entschuldigt

Herr Averbeck	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen - ARGE e.V.
Frau Bellstedt	Liga Wohlfahrt
Herr Borzim	Gruppe der geistig Behinderten
Herr Buschhausen	Leiter des Amtes für soziale Sicherung und Integration
Herr Driever	Linksfraktion Düsseldorf
Herr Fischer	Gruppe der Körperbehinderten u. chronisch Erkrankten
Frau Giersch	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Gluch	Sprecher RT Kommunikation
Herr Graß	Seniorenbeirat
Herr Heller	Gruppe der Hörbehinderten
Frau Lübeck	Gruppe der psychisch Behinderten
Ratsherr Madzirov	CDU
Herr Masmeier	Sprecher Runder Tisch Bauen
Herr Müller	Behindertenkoordination
Herr Diakoniepfarrrer Nolting	Liga Wohlfahrt
Frau Schröder	Gruppe der Mehrfachbehinderten
Herr Sowa	Gruppe der psychisch Behinderten
Frau Ulrich	Gleichstellungsbüro
Ratsfrau Wien-Mroß	stv. Mitglied SPD

Referenten

Frau Lilienbecker

Amt für Gebäudemanagement

Herr Schneider

Amt für Verkehrsmanagement

Gast

Frau Hoop

Gesundheitsamt

Presse

Herr Folkerts

Westdeutsche Zeitung

I. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Ratsherr Janetzki, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Da Herr Masmeier kurzfristig an der Sitzung nicht teilnehmen kann, gibt der stellvertretende Vorsitzende ein Statement des Sprechers des Runden Tisches Bauen in seinen Grundzügen, anhand der Beispiele Gestaltung des Stresemannplatzes sowie der Deichsanierung Wittlaer wieder.

1. Anerkennung der Tagesordnung

Die Einladung ist fristgerecht erfolgt. Der Beirat erklärt sich damit einverstanden, dass von dieser Sitzung und allen weiteren Sitzungen zur Unterstützung der Protokollführung ein Audiomitschnitt erstellt wird. Die Tagesordnung wird anerkannt.

2. Barrierefreie Planung, Gestaltung und Bauausführung von Gebäuden, Straßen und Plätzen sowie für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Düsseldorf: Bericht des Dezernates Planen und Bauen

Der Vorsitzende erläutert den Hintergrund zur Sitzung. In der Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange der Menschen mit Behinderung am 1. März 2010 wurde vom Sprecher des Runden Tisches Verkehr der Antrag auf Einrichtung einer 'Fachstelle barrierefreies Planen und Bauen' gestellt. Dieser Antrag führte auf Vorschlag des Vorsitzenden zu dem Beschluss, das Dezernat für Planen und Bauen zur heutigen Sitzung einzuladen, um zunächst die bisherige Praxis der Zusammenarbeit und die Verfahrensabläufe erläutern zu lassen. Der Vorsitzende stellt die beiden Referenten Frau Lilienbecker (Amt für Gebäudemanagement) und Herrn Schneider (Amt für Verkehrsmanagement) vor.

Frau Lilienbecker referiert zum Thema 'Barrierefreie Planung und Bauausführung von Gebäuden' (siehe Anlage 1). Während ihres Vortrages weist Frau Lilienbecker darauf hin, dass das Amt für Gebäudemanagement durch eine interne Umstrukturierung hinsichtlich der Aufgaben- und Zuständigkeitsordnung neu aufgestellt sei. Die Geschäftsanweisung ‚Bau‘ sei aktualisiert, Vorgaben und Prozessabläufe seien darin festgeschrieben. Die ‚Checkliste Bauen‘ sowie die ‚Gestaltungsstandards zur

Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für Mobilitätsbehinderte im öffentlichen Straßenraum an Haltestellen und in ÖPNV-Fahrzeugen' stellen Grundlagen bei der Planung von städtischen Baumaßnahmen im Sinne eines Standards dar, an dem man sich in der Regel orientiere.

Wenn es Abweichungen von diesen Standards gebe, würden die Maßnahmen bereits im Planungsstadium dem Runden Tisch Bauen vorgestellt. Im Vorfeld würden die Arbeitskreismitglieder die Planungsunterlagen erhalten. Die Anregungen der Vertreter des Runden Tisches Bauen würden soweit möglich aufgenommen und umgesetzt. Frau Lilienbecker betont mehrfach, dass das Thema ‚Barrierefreiheit‘ „nichts Besonderes“ mehr sei, sondern die Einhaltung werde, entsprechend anderer Vorgaben (z. B. technischer Art), regulär überprüft. Generell sei das Bewusstsein hinsichtlich des Themas Barrierefreiheit bei den Mitarbeitern gewachsen.

Die Einflussnahme ihres Zuständigkeitsbereiches im Amt für Gebäudemanagement ende jedoch bei den städtischen Gebäuden und Liegenschaften und den hierauf bezogenen notwendigen Genehmigungsverfahren der Bauaufsicht. Frau Lilienbecker erläutert, dass nach ihrer Kenntnis bei Bauvorhaben Dritter im Genehmigungsverfahren seitens der Bauaufsicht auf die Erfordernisse der Barrierefreiheit aufmerksam gemacht werde. Auf Nachfrage teilt sie mit, dass Mängel in der Barrierefreiheit bei städtischen Gebäuden und Liegenschaften, die nachträglich beseitigt werden müssten, nicht zu Lasten der Landeshauptstadt gingen. Bei korrekter Vergabe hafte hierfür der Bauausführende.

Sie betont, dass alle Mitarbeiter bereits in der Thematik Barrierefreiheit geschult seien und Angebote zur Weiterbildung unterbreitet würden. Es gäbe keinen Spezialisten für das Thema Barrierefreiheit im Amt für Gebäudemanagement. Bei der Menge an Bauvorhaben wäre eine Einzelperson auch überfordert. An den Vortrag schließt sich eine Diskussion an.

Vertreter der Behindertenorganisationen wiederholen ihre Forderung zur Einrichtung einer Fachstelle Barrierefreiheit und begründen diese damit, dass in der Vergangenheit wiederholt Bauvorhaben, bei denen die Belange von Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen gewesen wären, ohne Kenntnis des Runden Tisches Bauen

beziehungsweise des Runden Tisches Verkehr sowie ohne eine zufriedenstellende Umsetzung der o. g. Standards durchgeführt würden. Bereits mehrfach sei dies im Nachhinein von den Vertretern der Behindertenorganisationen festgestellt worden. Hinzu käme, dass Informationen oder Angaben zu geplanten Bauvorhaben, bei denen die Belange der Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen seien, den Mitgliedern des Runden Tisches Bauen beziehungsweise des Runden Tisches Verkehr zu spät, da erst durch die örtliche Presse, zur Kenntnis gelangen. Frau Lilienbecker sichert zu, diesen Hinweis an die Pressestelle des Amtes für Gebäudemanagement weiterzugeben.

Die Vertreter der Behindertenorganisationen führen weiter aus, dass es für die Belange der sehbehinderten und blinden Menschen ein enormes Normenwerk und Detailwissen gebe und es sich zeige, dass diese Normen nicht (ausreichend) bekannt seien. Insbesondere zeige sich, dass trotz vereinbarter Standards diese von Mitarbeitern, die mit der praktischen Umsetzung betraut sind, nicht umgesetzt beziehungsweise nicht eingehalten würden (z. B. Nullabsenkung am Stresemannplatz).

Auf Nachfrage teilt Frau Rigter mit, dass die Checkliste im Internet auf der Seite http://www.duesseldorf.de/sozialamt/formulare/50_32_bauen_fuer_alle.pdf abgerufen werden könne. Ebenso könnten die o. g. Gestaltungsstandards im Internet auf der Seite <http://www.duesseldorf.de/verkehrsmanagement/pdf/standardsbehind.pdf> abgerufen werden.

Auf Nachfrage teilt Frau Rigter mit, dass aufgrund der Zusammenfassung der DIN 18024 und DIN18025 in die neue DIN 18040, die ‚Checkliste barrierefreies Bauen‘ derzeit überarbeitet werde. Ebenso befänden sich die „Gestaltungsstandards zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für Mobilitätsbehinderte im öffentlichen Straßenraum an Haltestellen und in ÖPNV-Fahrzeugen“ zur Zeit auf Basis der neuen DIN 18040 (z. B. Bodenindikatoren/Leitsystem/Noppenplatte) in der Bearbeitung.

Die Vertreter der Behindertenorganisationen machen in der Sitzung deutlich, dass die Überprüfung der Einhaltung von Standards nicht ihre Aufgabe sein könne. Ratsfrau Frey schlägt vor, die Einhaltung der Standards bei der Umsetzung von Baumaßnahmen zu

evaluieren (im Sinne von Bewertung und Beurteilung), da die tatsächliche Umsetzung zuvor vereinbarter Regelungen nicht überprüft werde.

Vertreter der Behindertenorganisationen schlagen vor, wenn eine Fachstelle aus finanziellen Gründen nicht eingerichtet werden könne, so solle geprüft werden, ob mit dem vorhandenen Personal ein ‚Kompetenzzentrum Barrierefreiheit‘ gebildet werden könne. Ratsfrau Frey greift die Argumentation auf und regt auf dieser Grundlage an, man solle die Forderung nach einer Fachstelle noch einmal genau prüfen. Der Vorsitzende hält dazu fest, dass die Einrichtung einer Fachstelle mit Blick auf die große Anzahl von Bau- und Verkehrsmaßnahmen, die in der Stadt umgesetzt würden, nicht zielführend sei. Vielmehr müssten alle beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sensibilisiert und gegebenenfalls von externen Experten geschult werden.

Frau Lilienbecker bestätigt, dass alle Mitarbeiter, die im Verfahren beteiligt wären, bereits geschult seien und neuen Mitarbeitern hierzu Schulungen angeboten würden. Darüber hinaus würden bereits in den Erstgesprächen den neuen Mitarbeitern die ‚Checkliste Bauen für alle‘ ausgehändigt.

Hinsichtlich der Durchführung von Maßnahmen Dritter (z. B. private Investoren) stellen die Vertreter der Behindertenorganisationen fest, dass die Stadt sehr wohl Möglichkeiten habe, Einfluss zu nehmen. Sie fordern wiederholt, dass laut Artikel 9 Abs. 2b der UN-Behindertenrechtskonvention, die Stadt Düsseldorf Maßnahmen ergreifen müsse, wenn private Rechtsträger Bau- oder Verkehrsmaßnahmen ausführten. Es wird empfohlen, die Einhaltung von Standards bei der Ausführung der Baumaßnahme beziehungsweise die Beteiligung der Runden Tische bei Abweichung von den Standards zu überprüfen. Auch bei Verträgen mit Pächtern oder Ausschreibungen solle die Stadt auf die Einhaltung von Barrierefreiheit achten und diese in die Verträge aufnehmen. Weiterhin solle die Stadt auch bei Pressemeldungen die Barrierefreiheit beziehungsweise Angaben hierzu stärker berücksichtigen.

Darüber hinaus wird von den Vertretern der Behindertenorganisationen festgestellt, dass in Düsseldorf die Belange und Bedarfe der Personengruppe mit kognitiven Einschränkungen nicht aus dem Blickwinkel geraten dürften und zukünftig stärker berücksichtigt werden müssten. Zu dieser Personengruppe zählen Menschen mit

Lernschwierigkeiten, an Demenz erkrankte Menschen und die Gruppe der geistig behinderten Menschen.

In Bezug auf die Maßnahmen des Masterplans Schulen führt Frau Lilienbecker aus, dass hiermit eine flächendeckende Lösung gewählt worden sei. Ziel sei, in jedem Stadtteil und zu jeder Schulform (Grund-, Förder-, Haupt- und Realschule, Gymnasium und Berufskollegs) eine barrierefreie Schule vorzuhalten. Dabei werde auch auf eine kontrastreiche Farbgebung geachtet. Herr Dr. Piltz weist darauf hin, neben der Umsetzung des Masterplans, auch individuelle Lösungen nicht aus dem Blickwinkel zu verlieren. Im Einzelfall könne beispielsweise auch eine Verlegung des Klassenraumes zielführend sein.

Im Anschluss an die Diskussion zum ersten Vortrag referiert Herr Schneider zum Thema 'Barrierefreiheit im öffentlichen Straßenraum' (siehe Anlage 2). Im Einvernehmen mit den Vertretern der Behindertenverbände seien Gestaltungsstandards für den öffentlichen Raum vereinbart und im Rat beschlossen worden, die in der Landeshauptstadt umgesetzt würden. Bei notwendigen Abweichungen von diesen Standards erfolge die Beteiligung des Runden Tisches Verkehr bereits in der Planungs- und Entwurfsphase, damit Anregungen aufgegriffen und umgesetzt werden könnten. Über Auftragskontrolllisten (Beschlusskontrolle) werde die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen regelmäßig überprüft.

In der anschließenden Diskussion wird auch der Umgang mit Gesamtkonzepten wie beispielsweise dem Hauptbahnhof sowie die Neugestaltung der Altstadt (Barrierefreiheit und Denkmalschutz) thematisiert. Die Vertreter der Behindertenorganisationen weisen darauf hin, dass der Hauptbahnhof als zentrales Element in das Gesamtkonzept der Umgebung aufgenommen werden müsse. Dieses Vorhaben gestalte sich auf Grund der Rechtslage (unterschiedliche Eigentumsverhältnisse) als schwierig. Wenn diese ganzheitliche Herangehensweise nicht geschehe, käme es zwangsläufig zu so genannten Inselösungen.

Hinsichtlich der Barrierefreiheit an Haltestellen der Rheinbahn werden weitere Hochbahnsteige, besonders auf den Streckenabschnitten der linksrheinischen Seite, gefordert. Der Vorsitzende erläutert hierzu, dass die Umsetzung jedoch mit enormen

Kosten verbunden sei und daher nur Schritt für Schritt erfolgen könne. Der Beirat fasst nach intensiver Diskussion einstimmig den folgenden Beschluss:

„Der Beirat beschließt einstimmig, die Rheinbahn in eine seiner nächsten Sitzungen einzuladen“.

Positiv hervorgehoben wird die Ausstattung mit sogenannten dynamischen Fahrgastinformationen, die seit neuestem zusätzlich mit einer Sprachausgabe ausgerüstet sind. Diese stellen für sehbehinderte und blinde Menschen eine erhebliche Erleichterung im Alltag dar, da hierdurch eine deutliche Verbesserung der selbstständigen Nutzung des ÖPNV erreicht werde. Dabei sei es wichtig, diese Einrichtungen auch an Alt-Anlagen nachzurüsten. In seiner Sitzung am 01.03.2010 hat der Beirat auf Vorschlag des Vorsitzenden einen entsprechenden Beschluss gefasst, der Ordnungs- und Verkehrsausschuss möge sich mit dem Thema dynamische Fahrgastinformationen befassen mit dem Ziel, dass auch die Alt-Anlagen nachgerüstet werden.

In Zusammenhang mit den geplanten Gestaltungsmaßnahmen in der Altstadt wird diskutiert, wie bei diesen Großmaßnahmen eine Beteiligung von Anwohnern und Dienstleistern vor dem Hintergrund des Themas Barrierefreiheit stattfinden könne. Der Vorsitzende, Ratsherr Janetzki, spricht in der Sitzung konkret Herrn Osterland und Herrn Dr. Piltz an, sich gemeinsam im Planungs- und Entwicklungsausschuss dafür auszusprechen, dass die Verwaltung aktiv auf Anlieger zugehe und diese am Prozess beteiligen möge. Das Gestaltungskonzept werde nach der Sommerpause überarbeitet, auch Bürger seien aufgerufen sich an der Diskussion zu beteiligen.

Herr Schneider weist darauf hin, dass die Gestaltung des öffentlichen Raumes nicht immer mit einer absoluten Barrierefreiheit vereinbar sei. Beispielsweise müsse diskutiert werden, auf welche Weise eine Leiteinrichtung umsetzbar sei, um die Altstadt für sehbehinderte und blinde Menschen erlebbar zu machen. Für die Gestaltung des öffentlichen Raumes seien die Kollegen vom Stadtplanungsamt zuständig.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wessels, weist darauf hin, dass es auch mit Blick auf die zukünftige Entwicklung der Bevölkerungsstruktur wichtig sei, Geschäftsleute für das Thema Barrierefreiheit zu sensibilisieren. In diesem Zusammenhang teilt Frau

Kroker-Christmann mit, dass die Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen (ARGE) zum Thema ‚Signet Barrierefrei‘ einen Termin mit der örtlichen Industrie- und Handelskammer durchgeführt habe. Weitere Termine zur Umsetzung des Vorhabens seien geplant.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Ott erläutert der Vorsitzende, dass der Antrag, die Stufen im Rathaus kontrastreich zu markieren, derzeit bearbeitet werde.

3. Verschiedenes / Terminplanung

Der Vorsitzende verweist auf die nächste öffentliche Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange der Menschen mit Behinderung, die gemeinsam mit dem Schulausschuss zum Thema Inklusion am 31.08.2010 im Rathaus stattfindet. Die nächste reguläre Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange der Menschen mit Behinderung sei für den 06.09.2010 terminiert.

Frau Kroker-Christmann von der Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen (ARGE) informiert darüber, dass am 16.09.2010 von 14 - 16 Uhr eine Bürgersprechstunde des Arbeitskreises ‚Bus und Bahn‘ abgehalten werde, zu der Interessierte herzlich eingeladen seien. Darüber hinaus fragt Frau Kroker-Christmann, ob der Shuttle-Bus zum Museum K20 barrierefrei, beziehungsweise auch für Rollstuhlfahrer zugänglich, sei. Frau Rigter sagt zu, sich dieser Frage anzunehmen.

Ende der öffentlichen Sitzung: 16.00 Uhr

II Bürgerfragestunde

Eine Mitarbeiterin einer Wohngruppe für Menschen mit Behinderung berichtet, dass Sie vor circa anderthalb Jahren über eine schriftliche Eingabe angeregt habe, eine rollstuhlgerechte Möglichkeit des Ein- und Ausstiegs (z. B. Hochbahnsteig) an der Haltestelle „Handweiser“ zu errichten, da hier eine Einrichtung der Werkstatt für angepasste Arbeit angesiedelt sei. Auf Ihre Anfrage habe man ihr geantwortet, dass man sich der Sache annehme, aber bisher sei keine entsprechende Lösung umgesetzt worden. Ratsherr Janetzki sagt zu, der Sache auf den Grund zu gehen.

Eine Vertreterin der Bürgerinitiative Flingern weist darauf hin, dass in den an Haltestellen aushängenden bzw. veröffentlichten Fahrplänen eine Kennzeichnung erfolgen müsse, welche Busse mit einer Niederflurtechnik ausgerüstet sind, damit der Fahrgast wisse, wann mit einem entsprechenden Bus zu rechnen sei. Andere Städte hätten diese Kennzeichnung bereits umgesetzt.

Ein Bürger aus Benrath spricht das Parken auf dem Gehweg an, dass für mobilitätsbehinderte Menschen ein Problem darstelle. Weitere Punkte seiner Eingabe waren die Themen Umlaufschranken, sowie die Straßenbahnlinie 701 bzw. die U-Bahn in Richtung Holthausen. Der Vorsitzende entgegnet, dass man sich dieser Problematik bereits in der Bezirksvertretung angenommen habe und die Themen dort diskutiert würden.

Frau Ott weist darauf hin, dass Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit hätten, ihre Hinweise und Vorschläge zur Optimierung in den Anregungs- und Beschwerdeausschuss einzugeben und ermuntert die Anwesenden von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

gez.

Ratsherr Janetzki

Vorsitzender

gez.

Wessels

stv. Vorsitzender

gez.

Hartmann

Schriftführung